

## Ein Geheimdienst reagiert auf die Entspannungspolitik

### Zur Baugeschichte und Strukturentwicklung des MfS-Sperrgebietes Berlin-Hohenschönhausen in den siebziger Jahren<sup>1</sup>

Peter Erler

Das Sperrgebiet der Staatssicherheit im ehemaligen Berliner Stadtbezirk Hohenschönhausen war bis 1989/90 eine Terra incognita und in der gesellschaftlichen Wahrnehmung beider deutschen Teilstaaten eine beinahe ignorierbare Größe. Sechzehn Jahre nach seiner Auflösung bekunden nun die gesamtdeutschen Massenmedien und – zumindest in Berlin – die Vertreter fast aller parlamentarischen Parteien plötzlich lautstark und öffentlichkeitswirksam ihr Interesse für das ehemalige „Dienstobjekt Freienwalder Straße“. Anlaß dafür waren nicht etwa spektakuläre Enthüllungen oder neue Forschungsergebnisse über die frühere Sperrzone<sup>2</sup>, sondern das skandalöse Auftreten von über 200 MfS-Veteranen auf einer Podiumsdiskussion, die von der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Lichtenberg veranstaltet wurde.

In Anwesenheit des damaligen Berliner Senators für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Thomas Flierl, wandten sich die einst hochrangigen Mitarbeiter der Firma „Horch und Guck“ gegen die geplante städteräumliche Markierung des Ex-Sperrgebiets mit Hinweistafeln, verunglimpften ehemalige politische Häftlinge und zogen auf verleumderische Art und Weise die Stasi-Opfergedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen in Mißkredit.<sup>3</sup>

Zu den Wortführern, die teilweise mit Lügen und nichtssagenden Zitaten aus MfS-Dienstanweisungen die unwürdigen Bedingungen in den Haftanstalten der Staatssicherheit idealisierten und sich vehement gegen eine selbstkritische Betrachtung ihrer vergangenen Tätigkeit sperrten, gehörten auch die ehemaligen Geheimdienstoffiziere Siegfried Rataizick und Dieter Skiba.

Anfang der siebziger Jahre war Rataizick bereits seit sieben Jahren Leiter der im Sperrgebiet dislozierten Abteilung (Abt.) XIV (Untersuchungshaft), zu deren Struktur auch das zentrale Untersuchungsgefängnis des MfS gehörte. Skiba begann zu dieser Zeit als Mitarbeiter ohne Leitungsfunktion seine Karriere in der gleichfalls dort angesiedelten Hauptabteilung (HA) IX/11 (NS-Archiv).

---

1 Dieser Beitrag ist die chronologische Fortsetzung von Erler, Peter: Ein Geheimdienst richtet sich ein. In: ZdF 14/2003, S. 93–109 und ders.: Ein Geheimdienst baut seine materielle Basis aus. In: ZdF 16/2004, S. 117–131.

2 Zum Forschungsstand vgl. Erler, Peter/Knabe, Hubertus: Der verbotene Stadtteil. Stasi-Sperrbezirk Berlin-Hohenschönhausen. Hrsg. von der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Berlin 2005.

3 Zu diesem Eklat vgl. z.B. Alisch, Steffen: „Wir brauchen eine solche sogenannte Gedenkstätte nicht und ich werde mich als Lichtenberger dagegen mit allen Mitteln wehren“ – Die Angriffe auf die MfS-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen und ihr geschichtspolitischer Hintergrund. In: Einsichten und Perspektiven. Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte, Heft 2/2006, S. 84–99; Reiprich, Siegfried: Stasi in der Offensive. Der 14. März 2006 in Berlin-Hohenschönhausen. In: Gerbergasse 18, Heft 2/2006, S. 16–19; Fricke, Karl Wilhelm: Geschichtsrevisionismus aus MfS-Perspektive. Ehemalige Stasi-Kader wollen ihre Geschichte umdeuten. In: Deutschland Archiv 3/2006, S. 490–495.

Das Jahrzehnt der Entspannungspolitik konfrontierte ihre Dienstbereiche wie auch das gesamte Staatssicherheitsministerium mit neuartigen Anforderungen und Aufgabenstellungen. Durch das Transitabkommen zwischen den beiden Teilstaaten im Dezember 1971 und die weltweite diplomatische Anerkennung der DDR in den folgenden Jahren stieg beispielsweise im In- und Ausland die Zahl der zu überwachenden und zu beobachtenden Personen und Objekte. Neu formierte Diensteinheiten, wie die HA VI (Paßkontrolle, Tourismus)<sup>4</sup> 1970 und die Arbeitsgruppe (AG) XVII (Besucherbüro West-Berlin) 1972<sup>5</sup>, mußten mit entsprechender Technik aus dem Operativ-technischen Sektor (OTS) ausgerüstet werden.

Gleichzeitig stieg im Kontext mit Korb III des Helsinki-Prozesses und den erweiterten Reisemöglichkeiten in das sozialistische Ausland die Zahl derjenigen DDR-Bürger, die wegen ihrer angestrebten Übersiedlung in die Bundesrepublik oder wegen versuchter „Republikflucht“ kriminalisiert wurden.<sup>6</sup> Sie stellten in der Folgezeit das größte Häftlingskontingent im zentralen MfS-Untersuchungsgefängnis in Berlin-Hohenschönhausen. Im Vergleich mit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre wurden offensichtlich von der HA IX (Untersuchungsorgan) auch wieder mehr Verfahren gegen Personen aus dem westlichen Ausland eingeleitet, die Ostdeutsche aus unterschiedlichen Erwägungen bei ihren Bemühungen um Ausreise aktiv unterstützten.

All diese angedeuteten Entwicklungstendenzen bedingten unter anderem einen spürbaren Entwicklungsschub im Sperrgebiet Berlin-Hohenschönhausen, was in diversen Flächenerweiterungen, Bau- und Erschließungstätigkeiten sowie strukturellen Veränderungen zum Ausdruck kam.

### *Bau- und Sicherungsmaßnahmen im Gefängnisbereich*

Auf dem Gelände des zentralen Untersuchungsgefängnisses in der Genslerstraße sind für den betrachteten Zeitraum nur geringfügige Veränderungen an den vorhandenen Gebäuden und deren Innenausstattung nachweisbar. Aufgrund der defizitären Quellenlage können die durchgeführten Baumaßnahmen jedoch nicht immer zeitlich genau eingeordnet werden.

Hauptsächlich in der ersten Hälfte der siebziger Jahre fand eine Reihe von Umbauten und Rekonstruktionen im nunmehrigen Verwaltungsgebäude der Abt. XIV statt. Dazu gehörte die Modernisierung der sogenannten Mitarbeiterküche mit den dazugehörigen Lagerräumen im Keller<sup>7</sup> und die Renovierung des Speisesaales für siebzig Personen einschließlich der Neuverlegung des Fußbodens. Bis 1974 lag die Zubereitung der Speisen in den Händen eines weiblichen Strafgefangenenarbeitskommandos (SGAK). Danach waren in der Mitarbeiterküche, die eine Kapazität von 250 warmen Essensportionen hatte, MfS-Angehörige tätig.<sup>8</sup>

---

4 Zur HA VI vgl. Otto, Wilfriede: Erich Mielke – Biographie. Aufstieg und Fall eines Tschekisten. Berlin 2000, S. 362 ff.

5 1976 erfolgte weiterhin die Bildung der Zentralen Koordinierungsgruppe Übersiedlung..

6 Zu dieser Problematik vgl. ausführlich Eisenfeld, Bernd: Reaktion der DDR-Staatssicherheit auf Korb III des KSZE-Prozesses. In: Deutschland Archiv 6/2005, S. 1000–1008.

7 Jahresanalyse 1970, BStU, ZA, MfS Abt. XIV 1643, Bl. 5.

8 Jahresanalyse 1974, ebd., Bl. 36 f.; Diensträume Stand 15. Februar 1974, BStU, ZA, MfS Abt. XIV 1291, Bl. 14. 1976 fand die Umstellung aller Küchenanlagen im Bereich der Abt. XIV von Gas auf Elektroenergie statt; vgl. Jahresanalyse 1976, BStU, ZA, MfS Abt. XIV 1643, Bl. 92.

Im gleichen Jahr ließ der Staatssicherheitsdienst die ehemaligen Duschräume der „U-Boot“-Häftlinge im Keller, welche mehrere Jahre als Lager für Farben genutzt worden waren, zu einer geräumigen Sauna umgestalten.<sup>9</sup> Für das Freizeitvergnügen des Gefängnispersonals wurde ein Elektroofen aus Finnland importiert.

Bereits Ende der sechziger Jahre nahm die Abt. XIV am Werkstattthof oder „KfZ-Hof“ des männlichen SGAK verschiedene Veränderungen vor und ließ das Gelände zu einem abgeschlossenen Verwehr- und Arbeitsbereich ausbauen. Die Garagen, die Waschanlage und die Arbeitsräume (Tischler-, Elektro- und Sattlerwerkstatt) auf der Nordseite ergänzten ein Spritzraum für Lackarbeiten, ein vergittertes Verwehrgebäude für das SGAK und eine Schlosserwerkstatt. An Stelle des einfachen Drahtzauns, der den Hof vom Verwaltungsbereich der Untersuchungshaftanstalt (UHA) abtrennte, trat eine massive Steinmauer mit zweiflügeligem Holztür. Auf dieser Seite befanden sich eine kleine Gärtnerei mit Frühbeeten und Gewächshäusern sowie der Volleyballplatz der Häftlinge.<sup>10</sup>

Nach dem Umzug der Strafgefangenen in den Werkstattbereich nutzte die Abt. XIV deren ehemalige Unterkunft in der 1. Etage des Verwaltungsgebäudes als Umkleieräume für die Gefängniswärter.

Etwa 1973 wurde am Standort der Gefangenen-Gärtnerei eine überdachte Fahrzeugschleuse mit elektrisch betriebenem eisernem Schiebetor gebaut.<sup>11</sup> Über sie erfolgte am Nordflügel des neuen Zellenttrakts nun die Einlieferung und der Abtransport der Untersuchungsgefangenen. Zum Einsatz kamen dabei zum Gefangenentransportwagen (GTW) umgestaltete Lastkraftwagen vom Typ Robur LO 2500 und B 1000-Kleinbusse.<sup>12</sup> Im Anschluß an die Schleuse entstanden etwa zur gleichen Zeit längs an der Innenmauer des Werkstatthofes eine neue, größere Tischlerei mit Umkleideräumen und ein kleines Haus für Abfälle.

Bereits 1969 übernahm das männliche SGAK die „planmäßige Pflege und Wartung“ des Fuhrparks der Abteilung XIV. In den folgenden Jahren kamen noch die Kraftfahrzeuge der HA IX und des Haftkrankenhauses (HKH) sowie „Fremdfahrzeuge“ anderer Abteilungen dazu. Ab 1976 wurden auch kleine Aufträge der benachbarten Abteilung KfZ-Wesen übernommen.<sup>13</sup> Ein weiterer Schwerpunktbereich im Werkstattthof bildete die Tischlerei. Sie stellte fast alle im Bereich der Abt. XIV benötigten hölzernen Gegenstände her und führte entsprechende Reparaturen durch.

Ab 1971 wurde eine Fülle von baulichen und sicherheitstechnischen Veränderungen im gesamten Zellentrakt des Neubaus vorgenommen. Auf den Fluren und Gängen erfolgte die Installation von Verriegelungsanlagen, bestehend aus Eisengittern und -

---

9 Jahresanalyse 1974, ebd., Bl. 36; Denkmalpflegerische Dokumentation. Ehemalige Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Planungsbüro Burckhardt Fischer, Architekt. Berlin November 1999, S. 69.

10 Ebd., S. 270; Beschreibung zur Lageplanskizze vom 26. Februar 1966 (Blatt II). In: Vorgang Mühlenhaupt, ZGH; Notiz über ein Gespräch mit Wolf-Rainer Lindner am 13. September 2006.

11 Jahresanalyse 1974, BStU, ZA, MfS Abt. XIV 1643, Bl. 36; Thiemann, Ellen: Stell dich mit den Schergen gut. Erinnerungen an die DDR. Meine Wiederbegegnung mit dem Zuchthaus Hoheneck mit 27 Fotos. München/Berlin, Neuausgabe 1990, S. 48.

12 1974 wurde in der Schleuse eine Beleuchtungsanlage für Tatortrekonstruktionen installiert; vgl. Jahresanalyse 1974, BStU, ZA, MfS Abt. XIV 1643, Bl. 36.

13 Jahresanalyse 1976, ebd., Bl. 92.

türen. In den Zellentüren ließ die Abt. XIV neue Schlösser einbauen.<sup>14</sup> Im Zuge des geplanten systematischen „Einsatzes inoffizieller Mittel in der Untersuchungsarbeit“ wurden zwei Verwahrräume mit Abhöreinrichtungen ausgestattet.<sup>15</sup> 1975 erhielten die zwölf Freiganghöfe des Gefängnisses eine Abdeckung aus Maschendraht.<sup>16</sup> Zu einem späteren Zeitpunkt veranlaßte die HA IX in den Obergeschossen des Ostflügels außerdem die Einrichtung von Räumen, in denen die Zelleninformanten ihre Berichte abfassen konnten. Im Gegensatz zu den Untersuchungshaftzellen hatten sie eine normale Ausstattung, das heißt, die Türen besaßen Klinken, und in den Fenstern war Klarglas eingesetzt.



Materialplatz der VRD in der Freienwalder Straße, Ecke Große-Leege-Straße. Im Hintergrund Einfahrt zum Sperrgebiet mit Posthäuschen (April 1976). Quelle: BStU.

Um 1974 wurden die Korridore der UHA mit zahlreichen Überwachungskameras bestückt, und im ersten Stockwerk wurde ein zentraler Beobachtungsraum mit den dazugehörigen Monitoren ausgerüstet.<sup>17</sup> Die benötigten Gerätschaften und Materialien lieferte der MfS-Betrieb VEB Studiotechnik, der in der Nachbarschaft zum Sperrgebiet in der Große-Leege-Straße 97–98 seinen Standort hatte. 1977 erfolgte im gesamten äußeren Sicherungsbereich des UHA-Komplexes und der Gebäude der HA IX die Installation von elektrischen Signalanlagen. In diesem Fall erhielt der VEB Fernmelde-Anlagenbau Dresden vom MfS einen streng geheimen Projektierungsauftrag.<sup>18</sup>

14 Jahresanalyse für das Jahr 1972, ebd., Bl. 56. 1974 wurden neun Sicherungsgitter mit Türen im Vernehmergebäude eingebaut, vgl. Jahresanalyse 1974, ebd., Bl. 36.

15 Jahresanalyse für das Jahr 1972, ebd., Bl. 56. Laut Angaben der HA IX sollten Mitte 1971 bereits zwei Drittel aller Verwahrräume „verwanzt“ sein, vgl. Protokoll einer Leiterberatung vom 28. Mai 1970, BStU, ZA, MfS HA IX MF 11643, Bl. 67.

16 Jahresanalyse 1975, BStU, ZA, MfS Abt. XIV 1643, Bl. 6.

17 Vgl. z.B. Beschreibung und Bedienungsanweisung für Videokreuzschienenverteiler VKS 1 vom 20. Februar 1974, Archiv Gedenkstätte Hohenschönhausen (AGH), Akte 302.

18 Zu den Projektunterlagen und Plänen von Ende 1976 vgl. AGH, Akte 307 und 308.

Von 1973 bis 1977 wurde das HKH in mehreren Etappen erneut umgestaltet, erweitert<sup>19</sup> und mit modernen medizinischen Geräten bestückt.<sup>20</sup> Aus den an der Ostseite gelegenen Garagen und weiteren Gebäudeteilen im Parterre entstanden Funktionsräume für medizinische Zwecke. Die ehemalige Fahrzeugschleuse des HKH nutzte das MfS in der Folgezeit als Versammlungs- bzw. Kulturraum. Im Obergeschoß vergrößerten die Bauarbeiter die Anzahl der Krankenzellen unter anderem durch das Einziehen von Trennwänden. Weiterhin erfolgte eine Verbreiterung des Erdgeschosses, so daß die ursprünglich nutzungsbedingt getrennten Gebäudeteile nun durch einen durchgehenden Flur miteinander verbunden waren. Zusätzlich wurde der Komplex im Ostteil noch durch zwei weitere Freiganghöfe ergänzt.<sup>21</sup> Den Abschluß der Umbauarbeiten bildete schließlich die Installation einer bereits Ende 1971 in Auftrag gegebenen elektrischen Sicherungsanlage durch die Abt. 33 des OTS. Die Ausführungsarbeiten des „Projekts 30606“ im Wert von 135 000 Mark umfaßten unter anderem eine Alarmzentrale, Verriegelungen an Gittertüren, Mikrotaster, Notrufmelder sowie meterlange Reißleinen auf den Korridoren.<sup>22</sup>

Nach seiner Rekonstruktion verfügte das HKH über zwei Stationen mit 21 Betten und sieben Notbetten<sup>23</sup> sowie über verschiedene Behandlungs- und Operationsräume (unter anderem Gynäkologie, HNO, Zahnarzt, Physiotherapie), Laboreinrichtungen und ein Röntgenkabinett. Des weiteren gab es im Gebäude eine Apotheke, eine Leichenkammer sowie eine kleine Werkstatt für die Wartung, Pflege und Reparatur der medizintechnischen Ausrüstungen.

Bereits Anfang 1974 war die bis dahin selbständige Struktureinheit HKH nach langjährigen internen Kompetenzrängeleien dem Zentralen Medizinischen Dienst (ZMD) des MfS angegliedert worden.<sup>24</sup> Dadurch sollten materielle Ressourcen und das medizinische Mitarbeiterpotential des MfS effektiver eingesetzt werden. Zudem nutzte das HKH bis zu diesem Zeitpunkt noch medizinische Einrichtungen des Ministeriums des Innern und konsultierte im Bedarfsfall auswärtige Fachärzte, was zur Verletzung der konspirativen Vorgaben führen konnte.<sup>25</sup>

Durch diese Neuregelung des Unterstellungsverhältnisses kam es offensichtlich zu keiner wesentlichen Veränderung der Aufgabenbereiche des HKH. Dazu gehörte zum

---

19 Die Umbaupläne und statischen Berechnungen wurden 1972 angefertigt, AGH, Akte 1831 und 1828. Nach Angaben von Siegfried Rataizick wurde die Erweiterung des HKH von 1971 bis 1974 durchgeführt und kostete 2,2 Millionen Mark, vgl. Rataizick, Siegfried: Der Untersuchungshaftvollzug im MfS (Abt. XIV im MfS und in den BV). In: Grimmer, Reinhard u.a. (Hrsg.): Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS. Bd. 2, Berlin 2002, S. 509.

20 Kampfprogramm des Zentralen Medizinischen Dienstes (ZMD) in Vorbereitung des IX. Parteitagess der SED vom 14. Juli 1975, BStU, ZA, MfS ZMD 662, Bl. 34 ff.

21 AGH, Akte 1828, Bl. 18; Fischer: Dokumentation, S. 129. Außerdem wurde zwischen den zwei vorhandenen Freigangboxen die Trennwand entfernt, so daß ein größerer Hof entstand. Zu einem späteren Zeitpunkt ließ das MfS im Anschluß an die Freiganghöfe noch zwei Garagen anbauen.

22 Projekt Sicherungsanlage 30605 vom Januar 1977, AGH, Akte 1832, Bl. 10 ff.

23 Rataizick: Untersuchungshaftvollzug, S.509.

24 Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden. MfS-Handbuch, Teil IV/1) 2. Aufl., Berlin 1996, S. 96 ff. Einen ersten Vorschlag zur „Auflösung des Haftkrankenhauses als selbständige Einheit“ unterbreitete der Leiter des ZMD, Dr. Oberst Kempe, bereits am 10. Oktober 1969, vgl. BStU, ZA, MfS ZMD 592, Bl. 7.

25 Vorschlagspapier ohne Unterschrift und o.D. (1972); Schreiben von Dr. Oberst Kempe vom 17. Oktober 1972, ebd., Bl. 15, 25; Instruktion Nr. 1 vom 15. April 1974, BStU, ZA, MfS ZMD 662, Bl. 68.

Beispiel die Einschätzung der Haft-, Vernehmung- und Prozeßfähigkeit von eingelieferten Untersuchungsgefangenen. Im Krankenhaus behandelte das MfS Personen, die sich bei Versuchen, die Grenzanlagen der DDR zu überwinden, verletzt hatten oder die von Grenzsoldaten bzw. durch Selbstschußanlagen angeschossen worden waren. Hier wurden akut kranke Inhaftierte aus den siebzehn UHA der Staatssicherheit eingeliefert. Dazu gehörten auch jene, deren Suizidversuche mißlungen waren. Hungerstreikende wurden zwangsernährt. Mitunter führten die Vernehmer auch während des Krankenhausaufenthaltes mit dem Untersuchungsgefangenen Verhöre durch. Zum Patientenkreis gehörten die Strafgefangenen der Arbeitskommandos in der UHA I (Berlin-Hohenschönhausen) und der UHA II (Berlin-Lichtenberg). Das uniformierte Wachpersonal im HKH stellte nach der Zuordnung zum ZMD weiterhin die Abt. XIV.

### *Neubauten im Sperrgebiet*

Im Zusammenhang mit dem wachsenden Bedarf an operativ-technischen Mitteln und Geräten beim MfS wurde der Dienstbereich des OTS im Hohenschönhauser Sperrgebiet ab den siebziger Jahren kontinuierlich ausgestaltet. Dabei konzentrierte sich der Bau von Dienst-, Produktions- und Lagergebäuden auf das Gelände südlich der Freienwalder Straße. 1971/72 stellte der Baubereich der HA Verwaltung und Wirtschaft an der Begrenzungsmauer zur Goeckestraße einige Baracken mit etwa achtzig Arbeitsplätzen auf.<sup>26</sup> 1972/73 wurde in der ursprünglichen Genslerstraße 10–11 ein siebenstöckiges Dienstgebäude (Haus 20) errichtet.<sup>27</sup> In der obersten Etage residierte nach seinem Umzug aus der Freienwalder Straße 15–16 der Leiter des OTS, Oberst Günter Schmidt. Insgesamt beherbergte der Plattenbau 260 OTS-Arbeitsplätze mit „hohem technischen Ausrüstungsgrad“<sup>28</sup> und eine Außenstelle des ZMD. Hier erhielten nach Angaben des ehemaligen Offiziers der HA IX Uwe Karlstedt die Mitarbeiter des Objekts Freienwalder Straße unter anderem ihre alljährliche obligatorische Grippe-schutzimpfung.<sup>29</sup>

Auf dem Nachbargrundstück in der Freienwalder Straße 13–14 entstand im gleichen Zeitraum eine dreigeschossige Hallenkonstruktion mit einer sogenannten Großwähl-Nebenstellenanlage. Mit dem Bau dieser Telefonzentrale sollten für die MfS-Abteilungen im Sperrgebiet mehr Apparatusanschlüsse bereitgestellt sowie eine Verbesserung der Amts- und Querverbindungen erreicht werden.<sup>30</sup> Das neue „Dienstgebäude II N“ mit Anschluß an das Sonderkabelnetz des MfS wurde vermutlich 1974 in Betrieb genommen.<sup>31</sup> Es unterstand der Unterabteilung (UA) 4 der Abt. N (Nachrichten).

---

26 Die Baracken wurden von der Nationalen Volksarmee bereitgestellt. „Bauinvestitionen für den Bereich des OTS“, o.D. (1970), BStU, ZA, MfS VRD 1630, Bl. 78; Bericht zur Entwicklung der Bauinvestitionstätigkeit im MfS vom 26. September 1972, ebd., Bl. 6. Vgl. auch Lageplan, o.D. (Anfang der neunziger Jahre), Bauarchiv Lichtenberg (BAL), Box 455, Akte Genslerstr. 13 (Juli 1993 bis April 1995).

27 Ebd.; 1990 erhielt das Gebäude die Hausnummer 13.

28 Bericht zur Entwicklung der Bauinvestitionstätigkeit im MfS vom 26. September 1972, BStU, ZA, MfS VRD 1630, Bl. 7.

29 Kaiser, Regina/Karlstedt, Uwe: Zwölf heißt „Ich liebe dich“. Der Stasi-Offizier und die Dissidentin. Köln 2003, S. 91.

30 Auszug aus dem Schreiben der Abteilung N vom 6. Oktober 1972, BStU, ZA, MfS Abt. 1282, Bl. 35.

31 Die technischen Zeichnungen für die Heizungs- und Sanitäranlage stammen zum Teil erst vom Oktober/November 1973; vgl. AGH, Akte 205 und 206.

Diese UA war verantwortlich für den Betrieb der internen leitungsgebundenen Nachrichtennetze des MfS und für die Montage und Wartung der entsprechenden Fernsprech- und Fernschreibübertragungstechnik.

Die HA IX war jahrelang gemeinsam mit der Abt. XIV beengt im Komplex der UHA untergebracht. Bereits ab der Mitte der sechziger Jahre beklagten sich die Mitarbeiter über akuten Platzmangel. So fehlten der HA IX neben zusätzlichen Vernehmerzimmern „ein Tagungsraum für das Leitungskollektiv“ und „ein Kultur- und Aufenthaltsraum für kommandierte Mitarbeiter“ aus den Bezirken sowie Dienstzimmer für leitende Mitarbeiter und für eine geplante Auswertungsgruppe.<sup>32</sup> Das Vorhaben, die „Mord- und Branduntersuchungskommission“<sup>33</sup> in einem ehemaligen OTS-Gebäude in der Hohenschönhauser Orankestraße 60/Roedernstraße 30 unterzubringen, scheiterte, da das Objekt bereits für eine andere Diensteinheit vorgesehen war. Daraufhin unterbreitete der kommissarische Leiter der HA IX, Oberst Walter Heinitz, Erich Mielke am 26. Mai 1964 den Vorschlag für einen dreistöckigen Neubau. Dieser sollte hauptsächlich durch Strafgefangene des Lagers X unmittelbar im Anschluß an den Südflügel des Vernehmertrakts in der Lichtenauer Straße errichtet werden. Außer den erwähnten Räumlichkeiten war auch ein Zimmer mit einer Isoliereinrichtung aus Glas vorgesehen, in dem Untersuchungsgefangene mit ansteckenden Krankheiten vernommen werden konnten.<sup>34</sup>

Ungeachtet der augenscheinlichen Dringlichkeit stellte das MfS die benötigten Investitionsmittel und Materialien für dieses Bauvorhaben jedoch erst für das Planjahr fünf 1971 bis 1976 zur Verfügung. Außerdem mußte das vorgesehene Areal bis zum Baubeginn aus dem Gelände des Lagers X ausgegliedert und der sich dort befindende Lager- und Verarbeitungsplatz für Baumaterialien geräumt werden.

Ihren neuen Dienstsitz in der Lichtenauer Straße konnte die HA IX schließlich 1973 beziehen.<sup>35</sup> Das sechsstöckige Bürohaus mit etwa 160 Arbeitsplätzen und diversen anderen Räumen<sup>36</sup> war durch einen Verbindungsgang unmittelbar mit dem Vernehmertrakt des Gefängnisneubaus verbunden. Im Keller wurde eine Abhörzentrale installiert, von der aus sämtliche Vernehmerzimmer überwacht werden konnten. Hinter dem Gebäude entstand etwa zur gleichen Zeit ein weiteres Notstromaggregat.<sup>37</sup> Insgesamt ließ das MfS von 1971 bis 1974 im „Dienstkomplex Freienwalder Straße“ Baumaßnahmen im Wertumfang von mindestens fünfzehn Millionen Mark vornehmen.<sup>38</sup>

## Umstrukturierungen

---

32 Erläuterung zur „Errichtung eines Erweiterungsbaues an das Dienstgebäude der Hauptabteilung IX“ und „Vorschlag zur Erweiterung des Dienstgebäudes der HA IX“ vom 26. Mai 1964, BStU, ZA, MfS HA IX 8325, Bl. 89 ff.

33 Später Abteilung 7 (Ermittlungsverfahren bei „politisch-operativ bedeutsamen Vorkommnissen“).

34 Ebd.

35 Außerdem entstand vor September 1972 in Berlin-Hoppegarten für die HA IX ein Dienstobjekt mit etwa 300 Arbeitsplätzen. Bericht zur Entwicklung der Bauinvestitionstätigkeit im MfS vom 26. September 1972, BStU, ZA, MfS VRD 1630, Bl. 6 f.

36 So gab es im 2. Stock (Zimmer 226) einen Pausenraum mit Kaffeeausschank und ab etwa der zweiten Hälfte der siebziger Jahre eine Filiale der Sparkasse; vgl. Mitteilung vom 1. November 1979, BStU, ZA, MfS HA IX 10014, Bl. 21 f.; Mitteilung vom 15. Januar 1981, BStU, ZA, MfS HA IX 17285, Bl. 18.

37 Teillageplan vom September 1975, Archiv des Autors.

38 BStU, ZA, MfS VRD 1630, Bl. 116.

Neben den sich vollziehenden Entwicklungen im zentralen MfS-Gefüge hatten auch technische Entwicklungstendenzen und innenpolitische Entscheidungen ihre Auswirkungen auf Einrichtungen im Sperrgebiet. Auf dem Gelände prägten nun wie überall in der DDR Plattenbauten aus Betonfertigteilen und moderne Hallenkonstrukte die neue Architektur. An Stelle des bis in die zweite Hälfte der sechziger Jahre hinein an der Bauausführung beteiligten Lagers X trat zunächst der ministeriumseigene VEB Montage-Bau Berlin (MBB) und ab 1975 der VEB Spezialhochbau Berlin (SHB).

Der Bereich Bauwesen des Lagers X stellte Ende der sechziger Jahre hauptsächlich Betonelemente für Bunkeranlagen und Raketensilos – so zumindest die Vermutung ehemaliger Häftlinge – her.<sup>39</sup> Nach 1970 wurde die Zahl der Gefangenen mit Qualifizierungen in Bauberufen auf ein Minimum reduziert.

Im September 1972 vermeldete ein MfS-interner Bericht, daß „aus verschiedenen operativen Gründen ... [auch] die KfZ-Reparatur der Abteilung XVI nicht mehr aufrecht zu erhalten“ sei.<sup>40</sup> Mit den operativen Gründen waren insbesondere die großen Mängel auf dem Gebiet des Geheimnisschutzes gemeint. Ein Häftling, der im Haftarbeitslager mit Abrechnungen, Bestellungen von Ersatzteilen oder Statistik beschäftigt war, konnte sich zum Beispiel ohne weiteres einen detaillierten Überblick über einen Teil des Fuhrparks (Personenkraftwagen, Kleintransporter und Busse) der Staatssicherheit verschaffen. Dazu kam, daß es immer schwieriger wurde, für die Instandhaltung der Dienstfahrzeuge – deren Anzahl sich von Jahr zu Jahr vergrößerte – in den Vollzugseinrichtungen der DDR die benötigte Menge qualifizierter Strafgefangener zu rekrutieren. Zugespitzt wurde der personelle Engpaß noch durch die „umfassende Amnestie für politische und kriminelle Straftäter“, die am 6. Oktober 1972 vom Staatsrat der DDR beschlossen wurde.

Das MfS leitete in den folgenden Monaten unterschiedliche Maßnahmen ein, um den Kraftfahrzeugreparaturbetrieb des Lagers X mit ministeriumseigenen Fachkräften und Zeitsoldaten ohne Unterbrechung und störungsfrei fortsetzen zu können. So erhielt der seit 1968 amtierende Leiter der Abteilung XVI, Oberstleutnant Hans Mühlner, im Rahmen seines Fernstudiums an der Juristischen Hochschule des MfS in Potsdam-Eiche die Aufgabe, entsprechende Überlegungen in einer Diplomarbeit darzulegen.

Im Januar 1973 kam es zur Reduzierung des Häftlingsbestandes im Lager von etwa 500 auf 250 Personen.<sup>41</sup> Etwa zur gleichen Zeit trennte das MfS die Anfang der sechziger Jahre entstandene „Objekterweiterung“ (2. Hof) vom Lager X ab und bewirtschaftete den Reparaturbereich für Lastkraftwagen und Bussen bereits mit eigenem Fachpersonal.<sup>42</sup> Für die verbliebenen Strafgefangenen reichte nun das flache, langgestreckte Unterkunftsgebäude aus. Den östlich gelegenen, viergeschossigen Anbau, der bisher auch als Verwahrgebäude gedient hatte, mußten die Gefangenen 1973 zu einer Kaserne für das MfS-Personal umbauen.<sup>43</sup> In den Räumen der ehemaligen Heizungs-

---

39 Notiz über ein Gespräch mit Wolf-Rainer Lindner am 13. September 2006, ZGH.

40 Bericht zur Entwicklung der Bauinvestitionstätigkeit im MfS vom 26. September 1972, BStU, ZA, MfS VRD 1630, Bl. 15.

41 Ein namentlich nicht bekannter Zeitzeuge gibt an, daß zu diesem Zeitpunkt von den etwa 200 Gefangenen im Lager nur zehn bis fünfzehn Prozent „Politische“ waren. Notizen eines Gesprächs über das Lager X am 7. Dezember 1994, ABS „Brücke“.

42 Notizen über ein Gespräch mit K. Gutter am 13. Juni 1998, ZGH.

43 Angaben von R. Fuhrmann am 9. April 2003 gegenüber dem Autor.

anlage des Kraftfahrzeugreparaturwerkes entstand eine Sauna für die Stasi-Mitarbeiter.<sup>44</sup>

Anfang 1974 wurde die Abt. XVI (Bewachung der MfS-Haftanstalten) aufgelöst. Deren Mitarbeiter und ihren Aufgabenschwerpunkt übernahm die Abteilung KfZ-Wesen der neugebildeten Verwaltung Rückwärtige Dienste (VRD).<sup>45</sup> Das Lager X stellte im Juni 1974<sup>46</sup> endgültig seine Tätigkeit ein. Nach Häftlingsaussagen wurden die letzten zwei Dutzend Strafgefangenen in die Strafvollzugsanstalt Torgau überstellt.<sup>47</sup>

Neben dem Kraftfahrzeugreparaturwerk (KRW) bewirtschaftete die VRD im Sperrgebiet noch weitere Objekte. Dazu gehörten im Bereich KfZ-Wesen eine als „W 50-Lager“ bezeichnete Halle (ehemalige Fabrikhalle der Fa. Thiele) sowie Lagerhallen und Magazinräume im „Heike“-Komplex. Dem Aufgabengebiet Bauwesen unterstanden unter anderem das Ölheizwerk am ehemaligen Arendsweg,<sup>48</sup> das Heizhaus im „Heike“-Komplex und das „DZVO-Lager II“ mit dem dazugehörigen Lagerplatz an der Große-Leege-Straße 95/Ecke Freienwalder Straße. Für die Arbeitsgruppe Druckerei in der Freienwalder Straße 19, sämtliche Kantinen und Verpflegungseinrichtungen der MfS-Mitarbeiter sowie für die Wäscherei im ehemaligen Lager X fungierte nunmehr der Versorgungsdienst (VD) als übergeordnete Leitungsebene.

Auf Grundlage der erschlossenen Quellen konnten bis Ende der siebziger Jahre im Verantwortungsbereich der VRD des Sperrgebiets nur kleinere Bauaktivitäten nachgewiesen werden. 1975 wurde hinter dem Kriminaltechnischen Institut in der Genslerstraße eine neue Transformatorenstation mit zweigeschossigem Werkstatt- und Sozialgebäude sowie mehrere Garagen errichtet.<sup>49</sup> Im KRW erfolgten 1979 die Aufstellung eines Metallreinigungsapparats und der Umbau der ehemaligen Lackiererei 2.<sup>50</sup> Nicht durchgeführt wurde die seit Jahren angestrebte grundlegende Rekonstruktion der kriegsbeschädigten ehemaligen Produktionshalle der „Heike-Fabrik“ in der Freienwalder Straße 17-19 („DZVO-Lager II“). Nach bautechnischen Untersuchungen gab das MfS das kostenintensive Projekt aus Rentabilitätsgründen im Herbst 1974 schließlich auf und nahm in der Folgezeit nur noch unbedingt nötige Reparaturen zur Bestandssicherung vor.<sup>51</sup>

---

44 Zu den Unterlagen des Projekts „Umbau Alte Heizung“ ab April 1973 vgl. AGH, Akte 2, Bl. 5 ff. Dr. Bodo Gerth, ab Dezember 1973 im Lager X, berichtet von Mitgefangenen, die eine Schalttafel zur Regelung der Wärme konstruieren und ein Bad fliesen mußten; vgl. Abschrift des Interviews vom 18. Januar 1996, S. 59. In: Vorgang B. Gerth, ZGH.

45 Gieseke: Mitarbeiter, S. 96 ff. Die VRD entstand durch die Zusammenlegung der HA Verwaltung und Wirtschaft und der HV B (Beschaffung/Wirtschaft).

46 Protokollnotiz über ein Gespräch mit L. Weigemann am 5. Dezember 1995 und Angaben von Herbert Meyer vom 5. Dezember 1995, ZGH. Es ist nicht ausgeschlossen, daß eine kleine Häftlingsgruppe auch noch im aufgelösten Lager verschiedene Tätigkeiten verrichten mußte. So gibt zum Beispiel Dr. Bodo Gerth an, daß er erst zu Pfingsten 1975 in die StVA Cottbus kam; vgl. Vorgang B. Gerth, ZGH.

47 Einige Lagerinsassen kamen auch in die UHA II (Berlin-Lichtenberg). Angaben von Herbert Meyer vom 5. Dezember 1995 an die ABS „Brücke“.

48 1975 folgte der Anbau eines zweigeschossigen Gebäudes mit Sozialräumen und einer Elektroanlage; vgl. AGH, Akte 103, Bl. 70 ff.

49 BAL, Box 345, Akte Station Heike.

50 AGH, Akte 7, Bl. 1 ff.

51 Erläuterungsbericht und Baubeschreibung, o.D., und Statischer Prüfbericht vom 24. Oktober 1960, BStU, ZA, MfS VRD 1045, Bl. 4 ff.; BStU, ZA, MfS VRD 1044, Bl. 3 ff.

Vermutlich in der ersten Hälfte der siebziger Jahre nahm auch die kleine Abteilung Bewaffnung/Chemischer Dienst (BCD) ihre Tätigkeit im Sperrgebiet auf. Diese neue Struktureinheit ging im Oktober 1972 aus der Abteilung Waffen und Geräte hervor. Zu diesem Zeitpunkt verfügte sie über 58 Mitarbeiter.<sup>52</sup> Die Abteilung war nicht nur für die Ausstattung des MfS mit Waffen, Munition und Pioniertechnik zuständig, sondern auch für deren Wartung. Sie kontrollierte zudem die Schützenwaffen der Sportvereinigung „Dynamo“. Zumindest eine Zeitlang war sie auch für die Jagdwaffenkammer der Staatssicherheitsmitarbeiter verantwortlich. Eine weitere Aufgabe bestand darin, den Schutz des MfS vor atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen zu organisieren. Über die Referate Spezielle Importe und Lager Rostock II (Objekt Kavelisdorf) war die Abteilung BCD auch an den geheimen Waffengeschäften der DDR beteiligt. Ihre Leitung mit dem ehemaligen Schlosser Kurt Voigt an der Spitze wurde im ehemaligen Dienstsitz des OTS in der Freienwalder Straße 15–16 disloziert.<sup>53</sup> Weitere Räumlichkeiten standen der Abt. BCD in der ehemaligen Syrolit-Fabrik in der Freienwalder Straße 15–16 zur Verfügung. Den Backsteinbau mußte sie sich jedoch mit einer Einheit des Wachregiments „Feliks Dzerzynski“ teilen, die dort über Dienst- und Unterkunftsräume verfügte.

### *Grundstückserwerb für den OTS*

Bereits 1965 plante das MfS die Errichtung weiterer Gebäude im und am Außenrand des Sperrgebiets. Sie wurden notwendig durch die permanente Expansion des OTS-Bereichs und den wachsenden Wohnraumbedarf des MfS. Weiterhin sollte damit eine Optimierung des Abschottungs- und Sicherungssystems für die Verbotszone erreicht werden. Ein Perspektivbebauungsvorschlag weist unter anderem ein Speisehaus, Unterakunftsgebäude, ein Dienstgebäude für die Abt. 31 des OTS und in der Werneucher Straße drei Neubaublocks mit insgesamt 104 Wohnungen aus.<sup>54</sup>

Im Zusammenhang mit den geplanten Baumaßnahmen beschloß das Ministerium etwa 1967 eine weitere territoriale Ausdehnung des Sperrgebiets. Für die Erweiterung war unter anderem ein gewerblich genutzter Geländestreifen westlich der Genslerstraße 11–19 und ein Teil des Grundstücks Goeckestraße 37–38 vorgesehen.<sup>55</sup> Die zukünftige Nutzung dieser Flächen durch das MfS wurde bereits im Juni 1967 mit der Bezirksplankommission Berlin vereinbart.<sup>56</sup>

Anfang der siebziger Jahre konzipierte die HA Verwaltung und Wirtschaft dann für den Zeitraum 1975 bis 1980 im „Dienstkomplex Freienwalder Str.“ die Errichtung von Dienstgebäuden mit etwa 1 000 Arbeitsplätzen, 1 600 Quadratmetern Produktionsfläche und 3 000 Quadratmetern Lagerfläche allein für den OTS sowie „einer Vollküche

---

52 Zeittafel der Entwicklung der Abt. BCD, o.D. (1989), BStU, ZA, MfS Abt. BCD 3211, Bl. 181; Gieseke: Mitarbeiter, S. 96 ff.

53 Schreiben des OTS an die Abt. BCD vom 23. September 1975, BStU, ZA, MfS Abt. BCD 2816, Bl. 8.

54 Bebauungsvorschlag. Perspektive Freienwalder Straße vom 2. Dezember 1965 und Anlage zum Perspektivbebauungsvorschlag Komplex Freienwalder Straße vom 6. Januar 1966, BStU, ZA, MfS VRD 976, Bl. 36 f.

55 Lageplan, o.D. (September 1972), BStU, ZA, MfS HA IX 16731, Bl. 134.

56 Der entsprechende Passus im Protokoll enthält den handschriftlichen Vermerk „ab 70“; vgl. Protokoll einer Aussprache von Vertretern des MfS und Bezirksplankommission vom 17. Juli 1967, BStU, ZA, MfS VRD 976, Bl. 4.

für 2 000 Essenportionen“ zur Versorgung des gesamten Sperrgebietes.<sup>57</sup> Zusätzlich sollten im Gelände etwa 350 Parkplätze entstehen.<sup>58</sup> Insgesamt veranschlagten die MfS-Planer für die Errichtung dieser Gebäude und der erforderlichen Nebeneinrichtungen rund achtzig Millionen Mark.<sup>59</sup>

Zu den Betrieben und Anlagen, die vom vorgesehenen Baugrund verlagert werden mußten, gehörten ein Betriebsteil des VEB Straßeninstandhaltung in der Genslerstraße 11–14/Werneuchener Straße 20, ein Lagerplatz in der Genslerstraße 15–19 und das Stichgleis der Industriebahn Tegel–Friedrichsfelde zwischen Werneuchener Straße und Bahnhofstraße.

Die Straßenbaumaschinenfabrik A. Reiser mit Firmenadresse Werneuchener Straße 20 war 1949 unter Sequester gestellt worden. Nach Angaben vom Sommer 1954 arbeiteten in dem nunmehrigen Treuhandbetrieb dreißig Mitarbeiter. Das Geschäft schien zu florieren. Um seine Exportaufträge realisieren zu können, plante Albrecht Reiser, der Direktor der Produktionsstätte blieb, für den Zeitraum von 1956 bis 1958 sogar die Instandsetzung von drei durch Kriegseinwirkungen stark beschädigten Werkhallen, für die 135 000 Mark veranschlagt waren.<sup>60</sup> Im Juni 1972 wurde die Reiser Kommanditgesellschaft ganz verstaatlicht und als Betriebsteil in den VEB Straßeninstandhaltung integriert.<sup>61</sup> Das MfS erwarb das Gelände etwa 1978/79.<sup>62</sup>

Das Abrißunternehmen A. M. Barth GmbH, Pächter in der Genslerstraße 15–19, war bereits 1946 unter Sequester gekommen. Der Eigentümer des Grundstücks Genslerstraße 15–19/Werneuchener Straße 18/19, die Behälter- und Röhren GmbH, war dagegen erst 1949 von der Enteignung betroffen. Die weiteren Besitz- und Mietsverhältnisse konnten für das beschriebene Grundstück bisher nur bruchstückhaft rekonstruiert werden. In den sechziger Jahren befand sich auf dem Grundstück ein Kohlelagerplatz, der bereits vom MfS genutzt wurde.<sup>63</sup> 1975/76 wurde der Lagerplatz in die Wartenberger Straße verlegt.<sup>64</sup>

Das enteignete Grundstück Goeckestraße 37–38/Ecke Werneuchener Straße des Wurst- und Konservenfabrikanten Wilhelm Ziegler lag seit dem 1. Januar 1951 in der Rechtsträgerschaft der Volkseigenen Grundstücksverwaltung „Heimstätte Berlin“. Am 26. Oktober desselben Jahres wurde es als dem „Eigentum des Volkes“ gehörig in das Grundbuch von Berlin-Hohenschönhausen eingetragen.<sup>65</sup> Danach lag das Gelände

---

57 Bericht zur Entwicklung der Bauinvestitionstätigkeit im MfS vom 26. September 1972 und Entwurfspapier, o.D., BStU, ZA, MfS VRD 1630, Bl. 14, 31.

58 Bebauungsvorschlag, o.D. (1975) und Bebauungsvorschlag mit Perspektivbebauung, März 1976, BStU, ZA, MfS HA IX 13633, Bl. 2 f.

59 Bericht zur Entwicklung der Bauinvestitionstätigkeit im MfS vom 26. September 1972 und Entwurfspapier, o.D., BStU, ZA, MfS VRD 1630, Bl. 14, 31.

60 Erläuterungsbericht, o.D. (1955), BAL, Box 1495, Akte 40er bis 50er Jahre. Ob dieses Bauvorhaben durchgeführt worden ist, geht aus den eingesehenen Unterlagen nicht hervor.

61 Huschner, Anke: Hohenschönhausen (Geschichte der Berliner Verwaltungsbezirke. Hrsg. v. Wolfgang Ribbe, Bd. 15: Hohenschönhausen). Berlin 1995, S. 150 f.

62 Entwurf der Sicherungskonzeption vom 26. Januar 1976, BStU, ZA, MfS HA IX 16731, Bl. 125.

63 Notizen über ein Gespräch mit Hermann Wegener am 9. Januar 2003, Archiv des Autors. Aufstellung „Geländebeschaffung und -ausbau für das SBK Berlin“, o.D., BStU, ZA, MfS VRD 976, Bl. 19; Karte vom 20. März 1967, ebd., Bl. 23.

64 BStU, ZA, MfS VRD 5059, Bl. 396 ff.

65 Schreiben des Amtsgerichts Berlin-Weißensee vom 26. Oktober 1951, BAL, Box 488, Akte 1937.

wahrscheinlich brach. Wann sich genau der Staatssicherheitsdienst die Fläche angeeignet hat, konnte bisher nicht recherchiert werden.

Unter den Bedingungen einer gespaltenen Stadt engte sich der ursprüngliche Aktionsradius der Industriebahn Tegel–Friedrichsfelde immer mehr ein. Bereits 1952 wurde der durchgehende Betriebsdienst unterbrochen. Mit dem Mauerbau am 13. August 1961 kam es zwangsläufig zu einer weiteren Unterbrechung der Streckenführung. Im Juni 1965 erfolgte die Schließung der allgemeinen Güterabfertigung auf verschiedenen Bahnhöfen, darunter auch in Hohenschönhausen. Ausgenommen davon waren noch die Anschluß- und Stichgleise.<sup>66</sup>



Stichgleis der Industriebahn im Sperrgebiet (April 1976). Quelle: BStU.

Noch 1967 bestand die Bezirksplankommission Berlin hinsichtlich der Flächenanforderungen des MfS darauf, daß „die bestehenden Betriebe [...] weiterhin über die vorhandenen Gleisanlagen bedient werden“ müssen.<sup>67</sup> Zur Lösung dieses Problems schlug die Staatssicherheit vor, sich mit der „Deutschen Reichsbahn über die technischen Möglichkeiten des Anschlusses dieses Gleises an das Anschlußbahnsystem Lichtenberg-Nordost“ zu beraten.<sup>68</sup> Offensichtlich kam es zwischen beiden Seiten aber zu keiner Einigung. In der Folgezeit realisierte zum Beispiel der VEB Holzwerke in der Quitzowstraße 14–17 weiterhin den größten Teil seines Transportaufkommens über den Schienenweg, der durch das Sperrgebiet lief. Etwa Anfang der siebziger Jahre geriet die Deutsche Reichsbahn (DR) wegen der Expansionspläne des MfS dann jedoch unter verstärkten staatlichen Druck. „Infolge der Errichtung eines Wohnkomplexes wurde den an diesem Stichgleis befindlichen [...] [Werkanschlüssen] die Betriebserlaubnis entzogen.“<sup>69</sup> Die erwähnten Holzwerke mußten nun ihr Transportaufkommen

66 Zeittafel zur Geschichte der Industriebahn Tegel–Friedrichsfelde, Chronik Pankow (CP), Materialsammlung zur Industriebahn Tegel–Friedrichsfelde (MITF).

67 Protokoll einer Aussprache von Vertretern des MfS und der Bezirksplankommission vom 17. Juli 1967, BStU, ZA, MfS VRD 976, Bl. 3.

68 Ebd., Bl. 4.

69 Schreiben der Deutschen Reichsbahn vom 15. Oktober 1975, CP, MITF. Beim erwähnten Wohnkomplex handelt es sich vermutlich um die 1971/72 vom MfS errichteten Wohnhäuser Goeckestraße 37a–e/Werneuchener Straße 21a–e. BAL, Box 490.

über ein Entladegleis in der Nähe der Bahnhofstraße realisieren. Mitte der siebziger Jahre gab es im Sperrgebiet noch zwei ausschließlich vom MfS genutzte kurze Schienenstränge. Einer durchschnitt das Gebiet in der Nord-Süd-Richtung und war an der Bahnhofstraße und der Werneuchener Straße mit Toren abgeriegelt. Einen Teilabschnitt dieser Strecke flankierte ein zwei Meter hoher Maschendrahtzaun mit Stacheldrahtabweisern. Ein Anschlußgleis am Arendsweg, welches mit einer eisernen Schiebetür gesichert war, versorgte das Wärmekraftwerk des Sperrgebiets mit Heizöl.<sup>70</sup>

Relativ schnell konnte sich die VRD mit der Reichsbahndirektion Berlin Mitte 1975 über die Übernahme von PKW-Garagen und die Nutzung eines Geländestreifens in der Bahnhofstraße einigen.<sup>71</sup> Anfang Januar 1976 gab dann die Abteilung Recht der Reichsbahndirektion Berlin auch ihre prinzipielle Einwilligung für den Verkauf des vom MfS begehrten Bahngeländes und der sich darauf befindenden Gleisanlagen.<sup>72</sup> Allerdings wollte das MfS den 467 Meter langen ehemaligen Werkanschluß der Fleischmaschinenfabrik „Heike“ weiter nutzen. Es lehnte aber eine Anschließergemeinschaft mit einem benachbarten Metallbetrieb ab. Die DR wiederum verweigerte, weil uneffektiv, eine gesonderte Bedienung des MfS.<sup>73</sup>

Im Januar und Mai 1978 beantragte das MfS bei der Reichsbahndirektion schließlich formal den Abbau des gesamten Gleiskörpers zwischen Bahnhofstraße und Werneuchener Straße. Gleichzeitig informierte es die DR darüber, daß auf Grundlage des Gesetzes zur Verteidigung der DDR (Verteidigungsgesetz) vom 20. September 1961 „die Inanspruchnahme der Flurstücke“, auf denen sich die zu demontierenden Schienen und Weichen befanden, „beim Magistrat der Hauptstadt“ beantragt sei.<sup>74</sup> Die Reichsbahndirektion Berlin, die sah, daß die sprichwörtlichen Würfel gefallen waren, stimmte einen Monat später genauso formal zu und bat, sich zwecks Abtransport der „gewonnenen Baustoffe“ vor Beginn der Arbeiten mit der zuständigen Bahnmeisterei Berlin-Pankow in Verbindung zu setzen.<sup>75</sup>

Das MfS mied jedoch arrogant den weiteren Informationskontakt mit der widerspenstigen Reichsbahndirektion und deren Strukturen. Erst auf eine Nachfrage vom Mai 1979 setzte es die DR am 8. Dezember 1981 (sic!) davon in Kenntnis, „daß die Abbauarbeiten der Gleisanlagen inzwischen erfolgt“ seien.<sup>76</sup>

Noch länger zog sich der vom MfS beantragte Erwerb der Flurstücke zwischen Bahnhofstraße und Werneuchener Straße hin. Nach vorangegangenem ausführlichen Briefwechsel setzte der Leiter der Abt. Recht der DR-Direktion Mitte Dezember 1982 die Abt. Finanzen des Magistrats von Berlin davon in Kenntnis, „daß gegen den Abschluß eines Kaufvertrages zwischen der Niederbarnimer Eisenbahn AG und dem Volksei-

---

70 Entwurf der Sicherungskonzeption vom 26. Januar 1976, BStU, ZA, MfS HA IX 16731, Bl. 120 f.

71 Bedingung war jedoch, daß das MfS der DR bei der Beschaffung von Austauschgelände und materiellen Ersatzleistungen für die Garagen behilflich sei; vgl. Schreiben des Bereichs Bauwesen an den Bereich Kfz-Dienste vom 12. Juli 1975, BStU, ZA, MfS HA IX 12937, Bl. 356 f.

72 Vermerk der Abt. Recht vom 23. Januar 1976 auf dem Schreiben der Deutschen Reichsbahn vom 15. Oktober 1975, CP, MITF.

73 Schreiben der DR an die Staatliche Bahnaufsicht des Ministeriums für Verkehr vom 18. März 1977 und Schreiben der Staatlichen Bahnaufsicht an die Reichsbahndirektion Berlin vom 25. April 1977, ebd.

74 Schreiben des MfS an die Reichsbahndirektion Berlin vom 17. Januar und 30. Mai 1978, ebd.

75 Schreiben der Reichsbahndirektion Berlin an das MfS vom 26. Juni 1978, ebd.

76 Vermerk der Abt. Recht der Reichsbahndirektion Berlin vom 21. Mai 1979 und Schreiben des MfS an die DR-Direktion Berlin vom 8. Dezember 1981, ebd.

gentum [...] keine Bedenken bestehen“.<sup>77</sup> Am 31. Mai 1983 wurde dann das MfS als neuer Rechtsträger beim Liegenschaftsamt Berlin-Weißensee eingetragen.<sup>78</sup>

### *Umgestaltung der Lichtenauer Straße*

Aus verschiedenen operativen Erwägungen, hauptsächlich aber zur Erweiterung des Dienstbereichs der HA IX, nahm das MfS die Umgestaltung eines weiteren großen Teils der innerhalb des Sperrgebietes liegenden Lichtenauer Straße vor. Entsprechende Abriß- und Bauarbeiten wurden im Umfeld des 1973 fertiggestellten Bürogebäudes sowie auf der gesamten südlichen Straßenseite durchgeführt.

Die dort gelegenen Grundstücke und Siedlungshäuser mit den Nummern 14, 16, 26, 30 und 32 dienten Anfang der siebziger Jahre der HA IX sowie den Abteilungen XIV und XVI als Wohnheim bzw. Diensträume.<sup>79</sup> Die Bewohner der Quartiere waren junge, zum Teil verheiratete untere Dienstgrade. Aber auch für sie war es eigentlich eine Zumutung, in den ihnen zugewiesenen Unterkünften zu kampieren. Die staatliche Bauaufsicht schätzte 1972 ein, „daß die meisten Wohngebäude in der Lichtenauer Straße sich für Wohnzwecke nicht mehr eignen“ würden. Angesichts des „äußerst prekär[en]“ Zustands der Grundsubstanz hielten die Gutachter eine Rekonstruktion oder größere Instandsetzungsarbeiten für ökonomisch nicht mehr vertretbar. Daraufhin stellte die HA Verwaltung und Wirtschaft für die besagten Gebäude keine Reparaturkapazitäten mehr zur Verfügung und sah perspektivisch deren Abriß vor. Bis dahin sollte nach Vorstellung von Oberstleutnant Günter Zabel, Leiter der HA Verwaltung und Wirtschaft, die HA IX in Abstimmung mit den Abteilungen XIV und XVI die „Nutzung und Werterhaltung der weiteren freiwerdenden Gebäude eigenverantwortlich“ übernehmen. Gleichzeitig stellte er in einem Schreiben vom 24. August 1972 dem Leiter der HA IX, Oberst Walter Heinitz, in Aussicht, daß die Abt. III seiner HA „im Rahmen der Möglichkeiten in den Jahren 1972 und 1973 die Mieter umsetzen“ werde.<sup>80</sup>

Um den Nutzern der Gebäude etwas entgegenzukommen, verzichtete die Abt. III Anfang September 1972 auf die bis dahin noch erfolgten Mietzahlungen. Mitte des Monats einigten sich die betroffenen Abteilungen über die Aufteilung der sogenannten Wohnheimobjekte und einige andere Modalitäten. Die meisten Gebäude (Nr. 14, 16, 18, 20 [1. Stock], 26, 30, 32) übernahm die HA IX. Die Abt. XIV belegte die Häuser mit den Nummern 6, 20 (Erdgeschoß) und 24. Die Objekte Nr. 8 und 12 fielen der Abt. XVI zu. Diese Dienstseinheiten sollten nun die notwendigen Werterhaltungen der Häuser, die Pflege der Wohnungen und die Sauberhaltung der dazugehörigen Grundstücke selbst mit eigenen Mitteln und Möglichkeiten durchführen. Die monatlich erhobenen zehn Mark Unterbringungsgebühr pro Bettplatz waren ausschließlich für Instandsetzungsarbeiten vorgesehen. Die drei Abteilungen vereinbarten weiterhin die teilweise verfallenen Zäune zwischen den Grundstücken und längs der Lichtenauer Straße abzureißen. Ausgenommen von diesem Vorhaben waren die Genslerstraße 63a und die Lichtenauer Straße 6, deren Zaunanlagen sich noch in gutem Zustand befanden.

---

77 Der Abteilungsleiter, Justitiar Marx, verweist in seinem Schreiben auf sieben Briefe des Magistrats seit Juni 1981; vgl. Schreiben von Marx an die Abt. Finanzen vom 15. Dezember 1982, ebd.

78 Liegenschaftsamt Bezirksamt Lichtenberg.

79 Schreiben der HA Verwaltung und Wirtschaft an die HA IX vom 24. August 1972, BStU, ZA, MfS HA IX 16731, Bl. 127.

80 Ebd.

den. Mit der Errichtung eines Zauns hinter dem gesamten Wohnheimobjekt zur Lössauer Straße hin, der gleichzeitig die südliche Begrenzung des Sperrgebiets bildete, wurde der Leiter der Abteilung XVI, Oberstleutnant Hans Mühlner, beauftragt.<sup>81</sup>

Mit den beschlossenen minimalen Erhaltungsmaßnahmen war zwar vorläufig eine weitere, auf niedrigem Niveau angelegte Nutzung der Siedlungshäuser für Wohnzwecke möglich, aber auch gleichzeitig deren weiterer Verfall in der Bausubstanz programmiert. Erst vier Jahre später wurde die Räumung des Geländes und der Abriß der Gebäude forciert vorangetrieben.



Mitarbeiter der HA IX in der Lichtenauer Straße. Im Hintergrund der Leitungssitz des OTS (März 1988).  
Quelle: BStU.

Den Anstoß dafür gab im Juni 1976 eine Beschwerde des im Innenministerium angestellten Juristen Dr. Manfred Pfau aus der benachbarten Lössauer Straße 13. In einem Schreiben an das Vorzimmer von Erich Mielke übte er massive Kritik an den Zuständen im MfS-Wohnobjekt. Daraufhin wurde Major Richter von der Abteilung Disziplinar der HA Kader und Schulung beauftragt, den Vorwürfen nachzugehen. Am 15. Juni 1976 suchte er Pfau in seiner Wohnung auf und führte mit ihm ein ausführliches Gespräch. Dabei legte der Jurist dar, warum er und seine Familie sowie weitere Anwohner „seit ca. 3 Jahren durch die verschiedensten Anlässe und in unregelmäßigen Abständen belästigt und in ihrer Ruhe gestört würden“. Hauptsächlich ging es um das Abspielen lauter „Pop-Musik“ und das „Gröhlen solche[r] Lieder [...], wie: ‚In der Heimat, da gibt’s ein Wiederseh’n‘“ in alkoholisiertem Zustand. Ein Ärgernis waren auch die – wiederum oft bis in die Nachtstunden andauernden – sportlichen Aktivitäten auf dem in der Lichtenauer Straße 28 gelegenen Volleyballspielplatz. Durch den Lärm fühlten sich viele Bürger ungewollt in ein Stadion versetzt. Nicht weiter hin-

81 Vereinbarung vom 14. September 1972, ebd., Bl. 129 ff.

nehmen wollte man, daß MfS-Angehörige unter Mißachtung einfachster Sicherheitsbestimmungen mit Luftgewehren nach Singvögeln schossen und dabei Personen durch die Projektile gefährdeten. Schließlich rief die Verwilderung bzw. das wuchernde Unkraut in den Gärten, die Ablagerung von Gerümpel an den Zäunen zur Lössauer Straße hin sowie angesichts des allgemeinen Wohnraummangels insbesondere der vielfache Leerstand und der zunehmende Verfall der Häuser Unmut und Mißfallen hervor. Weitere Kritikpunkte betrafen unter anderem die Mißachtung der Einbahnstraßenregelung in der Lössauer Straße und die häufige Blockade der Grundstückseinfahrten durch parkende Autos von MfS-Mitarbeitern. Eine Besichtigung des Geländes am 17. Juni 1976 durch Major Richter und einen Vertreter der VRD/Abt. Versorgungsdienste bestätigte die äußerlich sichtbaren Mängel und Mißstände.<sup>82</sup>

Nach entsprechender Beauftragung durch die Ministerialebene berieten daraufhin am 14. Juli 1976 der Leiter der VRD, Oberst Richard Brode, der Stellvertreter des Leiters der HA IX, Oberst Dr. Ewald Pyka, und der Leiter der Abt. XIV, Oberst Siegfried Rataizick, einen Mehrstufenplan zur Beseitigung des Störfaktors Lössauer Straße.<sup>83</sup> Als Sofortmaßnahme wurden einige Tage später die Räumung des Geländes von Bäumen, Sträuchern und Unkraut, Baumaterialien, verfallenen Garagen und Schuppen sowie das Anlegen einer fünf Meter breiten Sicherheitszone von der Hinterfront der Häuser bis zur Grenze des Sperrgebietes in Angriff genommen.<sup>84</sup>

Ein erneut vorgenommenes baufachliches Gutachten der VRD/Abt. Bauwesen stellte fest, daß eine eventuelle Sanierung der Siedlungshäuser „vom Aufwand her einem Neubau gleichkommen bzw. [diesen] überschreiten“ würde und nur ein Abriß der Gebäude in Frage komme.<sup>85</sup> Zu diesem Zeitpunkt wohnten in der Lichtenauer Str. 6, 12, 14, 30 und 32 noch achtzehn erwachsene Personen und zwei Kinder. Die anderen Wohnhäuser und Garagen nutzten die HA IX, Abt. XIV und VRD/Abt. KfZ-Wesen als Lagerräume. Für die betroffenen Mieter war vorgesehen, bis Ende September 1976 neuen Wohnraum bzw. Ersatzobjekte zur Verfügung zu stellen.<sup>86</sup>

Ein weiteres Problem für die geplante Vorgehensweise stellten die Eigentumsverhältnisse einiger Grundstücke dar. Die Immobilien in der Lichtenauer Straße 8, 12, 20/22 und 28 befanden sich noch immer in kommunaler oder privater Hand.<sup>87</sup> Bis etwa Ende 1976 betätigte sich das Staatssicherheitsministerium als Käufer und erwarb die Grundstücke oder setzte einen Rechtsträgerwechsel durch.<sup>88</sup>

Nach dem Abriß der Siedlungshäuser im Frühjahr 1977 entstanden auf den planierten Flächen zunächst ein Parkplatz mit neunzig Stellplätzen für die mit ihren privaten PKW zum Dienst anfahrenden Mitarbeiter der Einheiten OTS, Abt. XIV, ZMD-HKH und HA IX<sup>89</sup> sowie etwa 1979<sup>90</sup> eine KfZ-Halle mit Lagereinrichtungen und Unter-

---

82 Bericht von Major Richter vom 16. Juni 1976, ebd., Bl. 57 ff.

83 Sofortmaßnahmen zur Erledigung der Beschwerde vom 14. Juli 1976, ebd., Bl. 101 ff.

84 Ebenda; Plan zur Erledigung der Beschwerde (Entwurf), o.D., ebd., Bl. 115 ff.

85 Baufachliches Gutachten vom 14. Juli 1976, ebd., Bl. 91 ff.

86 Sofortmaßnahmen zur Erledigung der Beschwerde vom 14. Juli 1976, ebd., Bl. 103.

87 Bericht von Major Richter vom 16. Juni 1976, ebd., Bl. 60.

88 Sofortmaßnahmen zur Erledigung der Beschwerde vom 14. Juli 1976 und Plan zur Erledigung der Beschwerde vom 26. Juli 1976, ebd., Bl. 66, 103.

89 Ebd., Bl. 67; Übersichtsplan o.D., BStU, ZA, MfS HA IX 16099, Bl. 25.

90 BStU, ZA, MfS HA IX 1979, Bl. 2.

stellfläche für etwa 25 Asservatenfahrzeuge der HA IX.<sup>91</sup> In dieser Halle wurden die beschlagnahmten Fahrzeuge von verhafteten Personen, so zum Beispiel von Fluchthelfern, sichergestellt und kriminaltechnisch untersucht. Davor befand sich die Unterstellmöglichkeit für die Asservatenfahrzeuge in der Genslerstraße 11. Die ehemaligen Grundstücke Lichtenauer Straße 8 und 10 nutzte die Abt. XIV. Hier befanden sich ein weiterer kleiner Garagenbau und Parkplätze für den umfangreichen Fuhrpark des Untersuchungsgefängnisses.<sup>92</sup>

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre wurde auch der Dienstbereich der HA IX auf der rechten Seite der Lichtenauer Straße weiter ausgestaltet. Östlich des 1973 bezogenen Hauptgebäudes entstand 1976<sup>93</sup> auf einem Teil des Geländes des ehemaligen Lagers X ein weiterer Garagenkomplex mit vorgelagertem Parkplatz.<sup>94</sup> Nach dem Abriß des Schwimmbassins hinter den Freiganghöfen der UHA errichtete der SHB 1978 eine dreistöckige „Raumzelle“. Dieses senkrecht zur Lichtenauer Straße angeordnete Bürohaus mit 65 Dienst-, zwei Versammlungs- und zwei Lagerräumen war vom Hauptgebäude aus über einen Verbindungsgang erreichbar.<sup>95</sup>

### *Sicherungsmaßnahmen und weitere Abschottung des Sperrgebiets*

Mit den baulichen und strukturellen Veränderungen im „Dienstobjekt Freienwalder Straße“ wurden eine Adaption der Sicherheitsvorschriften und der entsprechenden Anlagen/Einrichtungen an die neuen Gegebenheiten vorgenommen sowie das gesamte Sicherheitskonzept für die Verbotszone weiter ausgestaltet.

Am 7. August 1975 erließ Staatssicherheitsminister Erich Mielke den Befehl Nr. 20/75 über die Bildung einer Objektkommandantur. Sie war im Sperrgebiet verantwortlich für die koordinierte Realisierung der Vorgaben auf dem Gebiet der Sicherheit und des Außenschutzes. Als wichtigster Abstimmungspartner galten hierbei die Einsatzkräfte des Wachregiments „Feliks Dzierzynski“. Die neue Diensteinheit, die der HA IX unterstand, sollte außerdem helfen, die Vorschriften des Gesundheits- und Arbeitsschutzes sowie des vorbeugenden Brandschutzes durchzusetzen. Sie reglementierte und kontrollierte den gesamten ein- und ausgehenden Fußgänger- und Kraftfahrzeugverkehr. In diesem Zusammenhang erfaßte sie lückenlos alle MfS-fremden Personen. Des Weiteren war sie zuständig für die Funktionsfähigkeit der Sicherungsanlagen und -einrichtungen an der äußeren Objektbegrenzung und deren Erweiterung. Der Kommandant – zunächst Hauptmann Rüdiger und ab 1978 Major Jochen Pfeffer – konnte Personen, die aus seiner Sicht unter Verdacht standen, die Sicherheit des Sperrgebiets zu gefährden, festnehmen lassen und „notwendige Maßnahmen zur Klärung des Sachverhaltes einleiten“.<sup>96</sup> Sein Dienstsitz befand sich in einem ehemaligen Wohnhaus in der Genslerstraße 63a, welches davor als Ledigenwohnheim für MfS-Mitarbeiter ge-

---

91 Ebd.; Plan zur Erledigung der Beschwerde vom 26. Juli 1976, BStU, ZA, MfS HA IX 16099, Bl. 67; Ausarbeitung „Notwendigkeit des Verbleibens sichergestellter Kraftfahrzeuge im Objekt der HA IX, Hohenschönhausen“, o.D., BStU, ZA, MfS HA IX 16731, Bl. 96 f.

92 Übersicht über Gebäude und Räume der HA IX von Anfang 1990, BStU, ZA, MfS HA IX 8419, Bl. 30; Teillageplan von September 1975, Archiv des Autors.

93 BStU, ZA, MfS HA IX 17581, Bl. 74; Teillageplan von September 1975, Archiv des Autors.

94 Fischer: Dokumentation, S. 35.

95 Ebd., S. 28, 35.

96 Befehl Nr. 20/75 vom 7. August 1975, BStU, ZA, MfS Rechtsstelle 1009, Bl. 204 ff.

nutzt worden war.<sup>97</sup> Zu seinem Mitarbeiterstab gehörten ein Stellvertreter und die operativen Diensthabenden des Anmeldebüros am Haupteingang in der Freienwalder Straße.<sup>98</sup> 1976 erarbeitete die HA IX den Entwurf eines detaillierten Sicherungskonzepts für das Sperrgebiet. Zu diesem Zeitpunkt hatte das Geheimdienstareal einen Umfang von etwa zwei Kilometern und war unter anderem durch sieben Postentürme gesichert. Die Ausarbeitung der HA IX zeigte einige gravierende „Objektgefährdungspunkte“ auf. Dazu gehörten eine unbewachte ständige Einfahrt für das „DZVO-Lager II“ und die AG Druckerei in der Große-Leege-Straße sowie die „aktive Westverbindung“ von Bewohnern aus der Lössauer Straße und dem noch verbliebenen zivilen Teil der Lichtenauer Straße.<sup>99</sup>

In den folgenden Monaten wurden verschiedene Maßnahmen eingeleitet, um die aufgezeigten Mängel zu beseitigen. Im Bereich des neuen Parkplatzes der HA IX errichtete die VRD auf einem fünf Meter breiten Sicherheitsstreifen zur Lössauer Straße hin eine zweieinhalb Meter hohe Mauer aus Betonfertigteilen, die zusätzlich mit Sicherungstechnik bestückt war.<sup>100</sup> Gleichzeitig bemühte sich das MfS um den Erwerb der elf Grundstücke, auf denen noch neunzehn Personen wohnten, im zivilen Bereich der Lichtenauer Straße.<sup>101</sup> Eine weitere Sperranlage, bestehend aus elektrisch gesicherter Betonmauer, innerem Maschendrahtzaun und einem Postenturm, entstand parallel zur Werneuchener Straße.<sup>102</sup>

Unter Berücksichtigung des angewachsenen Verkehrs und zur Entlastung des Haupttores in der Freienwalder Straße wurde 1975/76 für das Kraftfahrzeugreparaturwerk der Abt. KfZ-Wesen in der Genslerstraße eine gesonderte Zu- und Ausfahrt in der Bahnhofstraße geschaffen.<sup>103</sup> Zum vorgesehenen Sicherheitskonzept gehörten neben einem ausgeklügelten Einlaßsystem und der konsequenten Abkapselung einzelner Abteilungsbereiche innerhalb der Sonderzone auch eine zielgerichtete Sichtabschirmung und eine Vorfeldabsicherung. Diese Funktionen übernahm zum Teil ein seit den fünfziger Jahren stetig wachsendes engmaschiges Netz von Wohn- und Dienstgebäuden des MfS im unmittelbaren und weiteren Umfeld des Sperrgebiets. 1971/72 ließ die Staatssicherheit in der Goeckestraße 37a–39 und in der Werneuchener Straße 21a–e drei Plattenbauten mit 110 Wohnungen errichten. Ende der siebziger Jahre wurden in der Genslerstraße 18 und in der Werneuchener Straße 19 zwei Ledigenwohnheime für Mitarbeiter bezugsfertig übergeben.<sup>104</sup>

---

97 Auf der ersten Beratung der Objektkommandantur am 16. Oktober 1975 wurde noch in Erwägung gezogen, „das vorhandene Gebäude der Anmeldung Freienwalder Straße aufzustocken oder anzubauen oder [...] 3 Räume im Gebäude Freienwalder Straße 15 zur Verfügung zu stellen“; vgl. Jahresanalyse 1970, BStU, ZA, MfS Abt. XIV 1643, Bl. 5; Information vom 17. Oktober 1975, BStU, ZA, MfS VRD 5087, Bl. 55.

98 Zur Objektkommandantur vgl. auch Fachschulabschlußarbeit von Oberleutnant Jochen Pfeffer (20.20.1979), BStU, ZA, MfS HA IX 438.

99 Entwurf des Sicherungskonzeption für das Dienstobjekt vom 26. Januar 1976, BStU, ZA, MfS HA IX 16731, Bl. 120 ff.

100 Plan zur Erledigung der Beschwerde vom 26. Juli 1976, BStU, ZA, MfS HA IX 16099, Bl. 67.

101 BStU, ZA, MfS HA IX 16731, Bl. 122 f. Da die Verhandlungen mit den Bewohnern über Entschädigung und annehmbare Ersatzwohnungen sehr kompliziert waren, zog sich der Grundstückserwerb bis in die achtziger Jahre hinein; vgl. BStU, ZA, MfS VRD 4851, Bl. 2 ff.

102 Vermerk über eine Beratung der Objektkommandantur vom 10. Januar 1976, BStU, ZA, MfS HA IX 12937, Bl. 335.

103 Schreiben der VRD vom 27. März 1975, ebd., Bl. 359.

104 BAL, Box 490; Box 493, Teilakte 1; Box 1489.

Den nördlichen Teil des Abschirmungsringes bildeten der zwischen 1971 und 1974 gebaute Komplex in der Große-Leege-Straße 101–103 mit dem Leitungssitz der VRD und das Werkgelände des ministeriumseigenen VEB SHB in der Gärtnerstraße 15–18.<sup>105</sup> Südöstlich vom Sperrgebiet entstand das „Dienstobjekt Ferdinand-Schulze-Straße“, wo die eingangs erwähnte HA VI und die AG XVII ihren Wirkungsbereich hatten.<sup>106</sup> Um die noch vorhandenen Lücken im äußeren Sicherheitsring zu schließen, beabsichtigte das MfS seit den siebziger Jahren, weitere Flächen, wie zum Beispiel die gesamte nördliche Seite der Lössauer Straße und den VEB Sicherheitstechnik in der Große-Leege-Straße, in das Geheimdienstobjekt Freienwalder Straße/Genslerstraße einzubeziehen.<sup>107</sup>

Die Vorfeldabsicherung des Sperrgebietes gehörte zum Verantwortungsbereich der Abt. 21 der HA II (Spionageabwehr). Sie befaßte sich zum Beispiel mit Personen, die in der Umgebung der MfS-Einrichtungen mit Fotoapparaten hantierten, und überprüfte Handwerker, welche in den Staatssicherheitsobjekten Reparaturen vornehmen mußten. Seit Ende der sechziger Jahre nahmen ihre Mitarbeiter regelmäßig Ermittlungen zu den Bewohnern in der Bahnhof- und Genslerstraße sowie in der Lichtenauer, Lössauer und Schleizer Straße vor. Besonderes Augenmerk legte man dabei auf Familien und Personen, die mit dem Westen korrespondierten, dorthin reisten oder von dort Besuch erhielten. Bei „Republikflüchtigen“ aus den entsprechenden Straßenzügen wurden nachträglich Untersuchungen eingeleitet. Unter besonderer Beobachtung standen Personen, die wegen politischer Straftaten auffällig geworden waren. Bei ihren Erkundungen über die Anwohner konnte sich die Abteilung 21 auf freiwillige Zuträger und Inoffizielle Mitarbeiter (IM) stützen.<sup>108</sup> Über ihr Wohnumfeld berichtete zum Beispiel Herta Walcher, die seit 1949 in der Lössauer Straße wohnte. Als IM wurde sie wahrscheinlich auch nach dem Tod ihres Mannes, des ehemaligen Gewerkschaftsfunktionärs und Chefredakteurs der Tageszeitung *Tribüne* Jakob Walcher, im Jahre 1970 aktiv. Dagegen scheiterte die IM-Werbung von Bruno Schwarz aus der Genslerstraße 63. Seine Vorlaufakte wurde 1970 ins MfS-Zentralarchiv in der Freienwalder Straße 17–19 übergeben.<sup>109</sup>

Resümierend kann man feststellen, daß in den siebziger Jahren im Sperrgebiet wichtige Konsolidierungs- und Konzentrationsprozesse ihren Abschluß fanden: Mit der erfolgten Geländeerweiterung erreichte das MfS-Areal seine maximale Flächenausdehnung. Seine Größe betrug insgesamt etwa einen Quadratkilometer. Die Errichtung des zentralen Notstromaggregats sicherte im Krisenfall nun auch die autarke Versorgung mit Elektroenergie. Weiterhin führte die Bautätigkeit im Komplex der Abt. XIV und der HA IX zur endgültigen Ausbildung dieser Dienstbereiche. Die Abteilungen HKH und XVI, die den aktuellen Anforderungen nicht mehr entsprachen, wurden aufgelöst oder in andere Struktureinheiten des MfS überführt.

Durch die zielgerichtete Ausgestaltung des Sicherheitskonzepts und die langfristige Bauplanung schuf der Staatssicherheitsdienst gleichzeitig essentielle Voraussetzungen im Sperrgebiet, um auf absehbare Entwicklungstendenzen rechtzeitig reagieren zu können.

---

105 Ebd., Box 551; Box 560–580.

106 BStU, ZA, MfS HA XXII 5525/4.

107 Trotz ständiger Bemühungen konnte das MfS diese Pläne auch in den achtziger Jahren nicht umsetzen.

108 BStU, ZA, MfS HA II/21 25, Bl. 1 ff.; BStU, ZA, MfS HA IX 16731, Bl. 122 f.

109 BStU, ZA, MfS HA II/21 407, Bl. 60 ff.